



Ohoven: Vorkasse bei Sozialbeiträgen abschaffen

(ddp direct) Berlin Die sofortige Abschaffung der Vorfälligkeit bei den Sozialversicherungsbeiträgen hat der Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), Mario Ohoven, gefordert. Die staatlich vorgeschriebene Vorkasse kostet die Betriebe Zeit und bares Geld. Zur Entlastung der Unternehmen schlug Ohoven einen gemeinsamen Fälligkeitstermin für Sozialabgaben und Umsatzsteuer vor. Der Gesetzgeber hatte 2005 angesichts knapper Rentenkassen die Vorverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge beschlossen. Bei guter Kassenlage sollte sie wieder zurückgenommen werden. Seither müssen die Arbeitgeber den voraussichtlichen Sozialversicherungsbeitrag für den laufenden Kalendermonat schätzen und bereits vor der Zahlung der Löhne abführen. Dies führt im Folgemonat zu ständigen, nachträglichen Korrekturen der Lohnabrechnung. Im Ergebnis erstellen die Unternehmen jährlich nicht zwölf, sondern 24 Monatsabrechnungen. Der Mittelstandspräsident wies darauf hin, dass die Sozialabgaben von den Betrieben vorfinanziert werden müssten, oftmals durch Bankkredite. Dieser Entzug von Liquidität ist nicht länger hinnehmbar. Als unbürokratische Lösung, so Ohoven, könnte die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge auf den 10. des Folgemonats verlegt werden. Dadurch fielen Umsatzsteuer und Sozialabgaben auf einen gemeinsamen Termin. Das senkt spürbar die bürokratische Belastung der Unternehmen und erhält ihnen Liquidität.

Shortlink zu dieser Pressemitteilung:
<http://shortpr.com/xj6lei>

Permanentlink zu dieser Pressemitteilung:
<http://www.themenportal.de/wirtschaft/ohoven-vorkasse-bei-sozialbeitraegen-abschaffen-45155>

Pressekontakt

BVMW

Herr Eberhard Vogt
Leipziger Platz 15
10117 Berlin

presse@bvmw.de

Firmenkontakt

BVMW

Herr Eberhard Vogt
Leipziger Platz 15
10117 Berlin

shortpr.com/xj6lei
presse@bvmw.de

-